
Studie zum Einfluss der geplanten BDSG-Novellierung auf die Wirtschaft und die Sozialsysteme der Bundesrepublik Deutschland

Mit der geplanten Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG), insbesondere mit dem Wegfall des §28 Abs.3, der unter bestimmten Voraussetzungen die Erhebung und Weitergabe von listenmäßig, zusammengefassten Adressen zum Zwecke der Werbung erlaubt, kommt die schriftliche Werbung in Deutschland nahezu zum Erliegen. Dieses ist mit unübersehbaren Folgen für die deutsche Wirtschaft und damit auch für die deutschen Sozialsysteme insgesamt verbunden.

Auf Basis der Firmeninformationen der Creditreform-Gruppe wurde eine erste Studie erstellt, die die zu erwartenden negativen Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland prognostiziert und die voraussichtlichen Folgen für die Sozialsysteme sowie den Umfang der Arbeitslosigkeit quantifiziert. Auch wenn die Prognose zukünftiger Entwicklung immer mit gewissen Unwägbarkeiten verbunden ist, zeigt diese erste, vorsichtige Einschätzung doch fatale Folgen für die Bundesrepublik Deutschland auf.

Eine Zukunft ohne schriftliche Werbung in Deutschland

- > Bedrohung von fast 250.000 direkt betroffenen Arbeitsplätzen
- > Gefahr eines Anstieges der Arbeitslosenquote um 19%!! von heute 3,16 Mio. auf zukünftig 3,5 Mio.
- > Signifikant steigende Belastung der Sozialsysteme
- > Staatliche Verluste durch fehlende Steuereinnahmen
- > Drohende Umsatzrückgänge bei vielen Unternehmen, da ein Teil der Werbung als „Motor“ der Wirtschaft entfällt
- > Hohe Risiken für den Versandhandel, einem wesentlichen Segment des deutschen Einzelhandels

Exemplarischer Ausblick auf die Entwicklung einzelner betroffener Segmente

1. Zukunftschancen der vom Verlust ihrer Arbeitsplätze betroffenen Arbeitnehmer
 - a) Durch eine oft stark fachliche Spezialisierung, wird es für die betroffenen Arbeitnehmer schwierig sein, einen neuen Arbeitsplatz zu finden.
 - b) Durch das bestehende Risiko von Firmenschließungen sinken die Chancen der Betroffenen weiter.
2. Keine Verhinderung des Datenmissbrauchs durch die neuen Regelungen
 - a) Die „Schwarzen Schafe“ sitzen meistens im Ausland und haben häufig wechselnde Kontaktadressen. Sie entziehen sich damit der deutschen Gerichtsbarkeit und setzen ihr kriminelles Handeln ungehindert fort.
 - b) Die derzeitigen Gesetze sind ausreichend, es muß lediglich eine konsequente Kontrolle und Anwendung sichergestellt werden.
3. Neben den direkten Auswirkungen (s. S. 1 f) ergeben sich auch indirekte Folgen für Steuereinnahmen und Sozialsysteme
 - a) Negative Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft durch sinkende Kaufkraft.
 - b) Weitere Belastungen für die kommunalen Sozialsysteme, Kindergarten etc.

Alternativen zur Gesetzesänderung

Seriöse Unternehmen, in denen allein zehntausende von Arbeitskräften beschäftigt sind, haben überhaupt kein Interesse an dubiosem oder gar kriminellern Umgang mit Daten. Sinn und Zweck der schriftlichen Werbung ist es, Verbraucher gezielt über Produkte und Dienstleistungen zu informieren, die diese auch interessieren.

Illegal erworbene Anschriften und Daten erfüllen diesen Zweckbestand nicht und sind nicht Geschäftsgegenstand seriöser Unternehmen.

1. Vorgehensweise seriöser Unternehmen

- a) Seriöse Firmen halten sich streng an die geltenden Gesetze.
- b) Adressdaten werden auf legalem Wege erhoben.
- c) Die „Robinson-Liste“, eine Schutzliste des Deutschen Dialogmarketing Verbandes (DDV), in die sich jeder kostenlos eintragen lassen kann, der keine Werbung erhalten möchte, wird regelmäßig von allen seriösen Unternehmen berücksichtigt.
- d) Darüber hinaus werden einzelne Datensatzsperrungen von Personen und Firmen berücksichtigt und auf Anforderung des Betroffenen umgehend für die Weitergabe gesperrt.
- e) Seriöse Unternehmen haben sich schriftlich zur Anerkennung der geltenden Gesetze und Datenschutzvorgaben verpflichtet. Diese Verpflichtungserklärungen sind zentral beim DDV hinterlegt.
- f) Mitarbeiter werden durch Schulungen und Verpflichtungserklärungen zum gesetzeskonformen, sensiblen Umgang mit Daten verpflichtet. Verstöße können zum Verlust des Arbeitsplatzes führen.
- g) Die meisten Anbieter und Dienstleister im Bereich des Direkt-Marketing sind im DDV organisiert und unterwerfen sich freiwillig jährlichen Datenschutzprüfungen, die deutlich über den Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen hinaus gehen.

2. Alternativen zur Gesetzesänderung

- a) Konsequenter Kontrolle durch die Datenschutzbehörden und Anwendung der bestehenden Gesetze.
- b) Personelle Verstärkung der Datenschutzbehörden zur Intensivierung der Kontrollen.
- c) Einführung eines verbandsunabhängigen Prüfsystems und Zertifizierung der erfolgreich qualifizierten Anbieter.

Auswirkungen auf die Sozialkassen der Bundesrepublik Deutschland

Prognose der Verluste für die Sozialkassen und den Steuerhaushalt ^{a) b) c)}		€ monatlich	€ jährlich
Lohn- und Einkommenssteuer	391 € ¹⁾	134.230.300	1.610.763.600
Solidaritätszuschlag	5,50% ²⁾	7.382.667	88.591.998
Krankenversicherung	13,30% ³⁾	125.972.905	1.511.674.861
Rentenversicherung	19,90% ³⁾	188.485.775	2.261.829.304
Arbeitslosenversicherung	3,30% ³⁾	31.256.435	375.077.221
Pflegeversicherung	1,95% ³⁾	18.469.712	221.636.540
Gewerbsteuer	1.194 € ⁴⁾	32.425.142	389.101.703
Gesamt		538.222.936	6.458.675.227

Hochrechnung der Kosten für die Bundesagentur für Arbeit ^{c)}		€ monatlich	€ jährlich
Durchschnittliche monatl. Gesamtkosten je Nicht-Erwerbstätigem	820 € ⁵⁾	281.506.000	3.378.072.000

Anstieg der Arbeitslosenquote:

Von 3,16 Mio. (7,3 %) auf 3,5 Mio. (8,72%) - **Anstieg um 19% !!** ⁶⁾

Gesamtbelastungen:		€ monatlich	€ jährlich
		819.728.936	9.836.747.227

Quellennachweis

1) Statistisches Taschenbuch 2007, BMAS, Tabelle Durchschnittliche Abzüge und Nettoealverdienste, Stand Juni 2007

2) Wikipedia, Stichwort Solidaritätszuschlag, 15.08.2008

3) Statistisches Taschenbuch 2007, BMAS und Wikipedia, Tabelle Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung, Stand Juni 2007

4) Bundesfinanzministerium (40,116 Mrd. Euro Gewerbesteuer bezogen auf 2,8 Mio. Firmen), Tabelle Kassenmäßige Steuereinnahmen nach Steuerarten in den Kalenderjahren 2006 - 07, Stand 18.04.2008

5) Bundesagentur für Arbeit, Geschäftsbericht 2006, Tabelle Haushalt - Einnahmen und Ausgaben in EUR

6) Statistisches Bundesamt, Erwerbstätigkeit im Juli 2008

Berechnungsbasis

a) Durchschnittliches monatliches Brutto-Arbeitnehmerentgelt: Statistisches Taschenbuch 2007, Bundesministerium für Arbeit und Soziales BMAS, Tabelle Bruttoarbeitnehmerentgelt, Stand Juni 2007

b) Durchschnittlicher monatlicher Netto-Realverdienst: Statistisches Taschenbuch 2007, BMAS, Tabelle Nettolöhne und -gehälter, Stand Juni 2007

c) Bedrohte Arbeitsplätze: ca. 343.300

Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit in Deutschland

Primär betroffene Wirtschaftszweige⁷⁾	vorauss. betroffene Arbeitsplätze
Markt- und Meinungsforschung, Telefonmarketing, Werbung, Direkt-Marketing-Agenturen und Adressenverlage, Call Center	75.200
Versandhandel, Postdienstleistungen, Kurierdienste, Versand Marketing- und Vertriebsberatung, Public-Relations-Beratung	92.000
Papierindustrie, Druckereien, Lettershops	10.800
	43.500
Gesamt	221.500

Sekundär betroffene Wirtschaftszweige⁷⁾	vorauss. betroffene Arbeitsplätze
Telekommunikationsdienstleistungen, Telefon-Anbieter, Datenverarbeitung, Datenbanken, Rechenzentren, Datenerfassung	39.200
Banken und Kreditinstitute (Hauptstellen), Finanzierungsinstitutionen, Leasinggesellschaften, Versicherungsgewerbe	25.800
Unternehmensberater und -gesellschaften	8.400
Verlagsgewerbe	2.000
Messeveranstalter, Messebauer, Messeeinrichtungen	3.000
Kfz-Handel	43.400
Gesamt	121.800

Anzahl der bedrohten Arbeitsplätze:	Gesamt
	343.300

Zudem ...

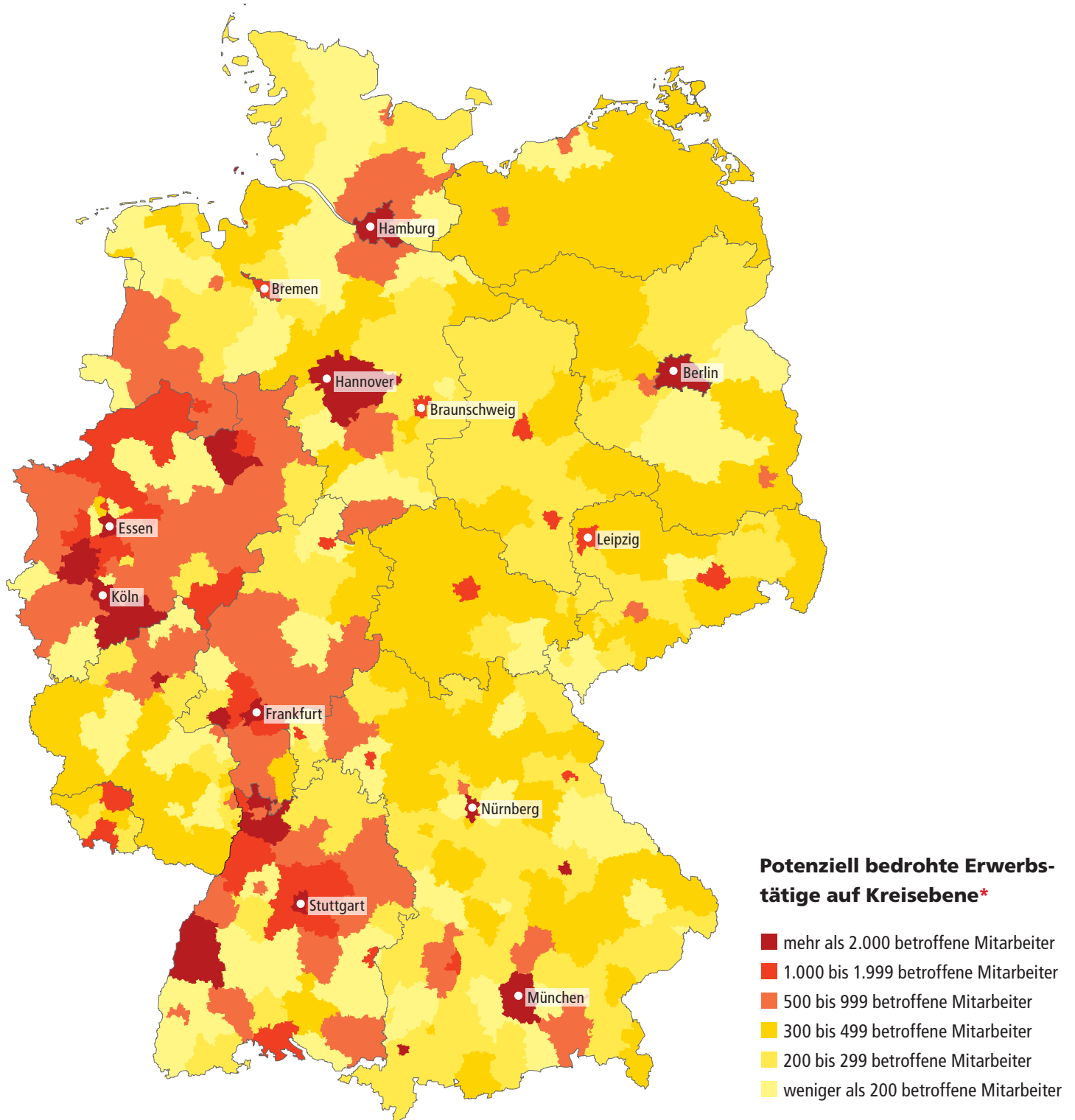
Die Prognose der gefährdeten Arbeitsplätze basiert auf einer vollständigen Umsetzung der vom Bundesrat empfohlenen Maßnahmen.

Generell sind alle Firmen deutschlandweit betroffen. Legt man einen Einfluss von 1% auf die Gesamtheit der Arbeitskräfte zu Grunde ist dies mit weiteren ca. 350.000 drohenden Arbeitsplatzverlusten zu veranschlagen (nicht in die weitere Berechnung eingeflossen).

Quellennachweis

7) bedirect/Credireform 2008, wirtschaftsaktive Unternehmen

Auswirkungen eines neuen BDSG auf Firmen und deren Mitarbeiter:



Quellen

1) Basis der Auswertungen sind die Rechercheinformationen der Creditreform-Unternehmensgruppe. Hierbei wurden die Beschäftigtenangaben an den handelsregisterlich eingetragenen Stammsitzen der Unternehmen berücksichtigt. In einigen Regionen kann dies zu Verschiebungen führen, da Mitarbeiter in Zweigstellen und Niederlassungen beschäftigt sind.
2) Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kreisdaten, Berechnungsstand August 2007

* Alle Angaben sind prognostizierte ca.-Angaben